

# Scheele will Ein-Euro- Jobs kürzen

## Senator: Mensch und Maßnahme müssen besser passen

**S**ozialsenator Detlef Scheele (SPD) erhält Rückendeckung: Ein neues Gutachten des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) bestätigt, dass Ein-Euro-Arbeitsgelegenheiten weniger sinnvoll sind als gedacht. In den vergangenen Monaten war Scheele von vielen Trägern scharf kritisiert worden, als er Kürzungen bei den Jobs angekündigt hatte.

Die Gutachter empfehlen, den Einsatz von Arbeitsgelegenheiten generell zu reduzieren und die Dauer der einzelnen Maßnahmen zu begrenzen. Bei der Untersuchung in Hamburg habe sich gezeigt, dass die Chancen von Ein-Euro-Jobbern, in absehbarer Zeit eine Stelle im regulären Arbeitsmarkt zu bekommen, keineswegs immer steigen. Mitunter sinken sie sogar, wenn jemand über längere Zeit in mehreren Maßnahmen

beschäftigt wird. Außerdem sollte die Verwaltung ein Konzept zur Qualitätsprüfung entwickeln, meinen die Gutachter, denn die Träger wiesen sehr unterschiedliche Erfolgsquoten auf.

Scheele teilte am Freitag mit, er könne sich eine Begrenzung der Maßnahmen auf zwei Jahre vorstellen. Außerdem wolle er besser prüfen lassen, welcher Arbeitslose auf welchen Ein-Euro-Job passe: „Der künftige Clou wird die absolute Zielgruppenorientierung. Ganz wichtig wird sein: Erst kommt der Mensch, dann die Maßnahme.“ Die Ergebnisse des Gutachtens seien deutlich, so Scheele. Arbeitsgelegenheiten würden nicht bei der Integration helfen. „Mir leuchtet ein, dass die Gutachter die Reduzierung und Neuausrichtung empfehlen.“ Da die Bundesregierung Gelder kürzt, müsse man ohnehin reduzieren.

In welchem Umfang dies geschieht, steht noch nicht fest. Nachdem bis zum vergangenen Jahr rund 9000 Menschen gleichzeitig in Ein-Euro-Jobs tätig waren, sind es derzeit 6000. „Wie viele Arbeitsgelegenheiten es künftig noch geben wird, werden wir mit dem Arbeitsmarktprogramm bekannt geben“, so Scheele. Dass die Zahl sinken wird, scheint klar: Es werde nicht für alle Träger reichen, meinte Scheeles Sprecherin, denn im kommenden Jahr sinkt die Bundeszuweisung erneut. Allerdings werde die Behörde „deutlich mehr“ als 1200 Plätze vorschlagen.

Während in der Opposition kritische Stimmen laut wurden, zeigte sich die SPD-Bürgerschaftsfraktion mit dem Gutachten zufrieden. Der Abgeordnete Dirk Kienscherf sprach von einer nun notwendigen Reform. *ad*